

Debatte: ‚Eiszeit‘, ‚Pluraler Frieden‘ oder was sonst?

Autor: Hans-Joachim Schramm ¹

Stand: Dezember 2017

Endlich, so möchte man meinen, kommt in der Frage der Russlandpolitik eine Debatte in Gang, die über den wechselseitigen Austausch von Vorwürfen und Unterstellungen hinausführt, und in der erstmals außenpolitische Handlungsoptionen zur Diskussion gestellt werden. Dies in einer Frage, die für die Bundesrepublik und Europa eminent wichtig ist, und bei der Deutschland aufgrund seiner wachsenden Verantwortung Farbe bekennen muss. Anzuzeigen ist zum einen das neue Buch von *Gabriele Krone-Schmalz*

Eiszeit – Wie Russland dämonisiert wird und warum das so gefährlich ist,
298 Seiten, zuzüglich Karten, 2017 erschienen im Verlag C.H.Beck

und zum anderen eine Debatte in der Zeitschrift Osteuropa

Konfrontation Frieden und Sicherheit in Europa,
Heft 3-4 2017 der Zeitschrift Osteuropa, erschienen im Berliner Wissenschaftsverlag

Ausgangspunkt der Debatte in der Zeitschrift Osteuropa ist ein Papier der beiden Friedensforscher *Matthias Dembinski* und *Hans-Joachim Spanger*, das sie unter dem Titel ‚*Pluraler Frieden - Leitgedanken zu einer neuen Russlandpolitik*‘ veröffentlicht haben.² In der Zeitschrift Osteuropa ist eine 10 seitige Zusammenfassung der Autoren abgedruckt sowie sechs Repliken von insgesamt acht Autoren, allesamt dem Tenor nach überwiegend kritisch bis ablehnend. Im Folgenden sollen die wesentlichen Argumentationslinien nachgezeichnet werden und vor allem diese Texte daraufhin untersucht werden, welche konkreten Handlungsvorschläge ihnen entnommen werden können.

Der bisherige Meinungsstand, der – soweit erkennbar - von der Mehrheit der Autoren vertreten wird, lässt sich in der These zusammenfassen, dass die russische Außenpolitik von innen heraus aggressiv ist, weil sie dem Machterhalt der herrschenden Elite zu dienen bestimmt sei. Daraus wird

Zitierweise: Schramm H.-J., „Eiszeit“, „Pluraler Frieden“ oder was sonst?, O/L-3-2017,
http://www.ostinstitut.de/documents/Schramm_Debatte_Eiszeit_Pluraler_Frieden_oder_was_sonst_OL_3_2017.pdf.

¹ Dr. Hans-Joachim Schramm, Ostinstitut Wismar.

² www.hsfk.de/fileadmin/HSFK/hsfk_publicationen/report0217.pdf.

als außenpolitische Handlungsmaxime des Westens ein ‚aufrüsten und abwarten‘ abgeleitet. ‚Aufrüsten‘, um den Gegner von weiterer Expansion abzuhalten, und ‚abwarten‘, weil eine Besserung der Beziehungen frühestens für die Zeit nach dem gegenwärtigen Präsidenten erhofft werden kann.

Dem setzen die oben genannten Autoren *Gabriele Krone-Schmalz* und *Dembinski/ Spanger* Vorschläge für eine alternative Russlandpolitik entgegen. Ihr gemeinsames Ziel ist es, dem mit einer Aufrüstung verknüpften Eskalationspotenzial entgegen zu wirken.

Eiszeit

Gabriele Krone-Schmalz, promovierte Historikerin und von 1987 bis 1991 Co-Leiterin des ARD Studios in Moskau, führt mit ‚*Eiszeit*‘ die Überlegungen fort, die sie in ihrem ersten Buch ‚*Russland verstehen*‘ (2015) niedergelegt hatte. Sie gehört zu denjenigen, die am exponiertesten die These vertreten, dass die Anwendung militärischer Gewalt durch Russland, die im Westen als Beleg für eine aggressive Expansionspolitik gesehen wird, eher als eine Reaktion auf westliches Verhalten denn als Versuch, die untergegangene Sowjetunion wieder herzustellen, gewertet werden müssen. Hat es sich bei ihrem ersten Buch eher um einen mit Leidenschaft geschriebenen Essay gehandelt, so geht es ihr in ihrem jüngsten, mit zahlreichen Fußnoten und einigen Karten versehenen Buch darum, die Debatte zu versachlichen und die Argumente der Kreml-Gegner aufzugreifen und zu widerlegen. Ihre zentrale These bleibt die gleiche: Die Spannungen zwischen Russland und dem Westen beruhen auf einer Geringschätzung der russischen Interessen bei einem Verhalten des Westens, das von russischer Seite als aggressiv empfunden werde. Die russische Außenpolitik sei deswegen nicht aggressiv, sondern defensiv. Aus der Fehlinterpretation des Westens ergebe sich ein gefährliches Eskalationspotenzial und es sei die Aufgabe des Westens, aufgrund seiner weitreichenden Überlegenheit sowohl auf wirtschaftlichem als auch auf militärischem Gebiet einen ersten Schritt der Deeskalation zu gehen, um aus dieser Spirale auszubrechen.

Zur Begründung ihrer zentralen These des defensiv-reaktiven Charakters der russischen Außenpolitik untersucht sie die einzelnen Konflikte zwischen Russland und dem Westen, die mit den Stichworten Georgien, Krim, Ostukraine, Syrien, Autokratie und Informationskrieg umschrieben werden können. Die Verfasserin stellt dabei nicht in Abrede, dass in den genannten Fällen Russland auf militärische Gewalt als Mittel der Außenpolitik zurückgegriffen hat und dies völkerrechtswidrig war. Ihr Ziel ist es aber, die Hintergründe der Konflikte zu erläutern, um daraus abzuleiten, dass die Anwendung der Gewalt der Abwehr einer als Bedrohung empfundenen Ausdehnung des Westens dient.

In den ersten beiden Kapiteln beschreibt sie den Weg in die Konfrontation. Der Abschnitt ‚Russlands Rückkehr‘ bezieht sich in erster Linie auf die Konfrontation in Georgien und bemüht sich um eine Deutung des russischen Verhaltens gegenüber den Nachbarstaaten. Sie vertritt die Ansicht, dass, anders als im Westen angenommen, die aus der Sowjetunion hervorgegangenen Nationalstaaten

weitgehend ohne historische Vorbilder sind. Die Konflikte mit Russland hätten nicht allein in einem russischen Machtstreben ihre Ursache, sondern auch in dem Umstand, dass diese Staaten nach dem – wie sie betont: friedlichen - Zusammenbruch der Sowjetunion teilweise ethnisch inhomogen seien und keine eigenständigen Volkswirtschaften vorweisen könnten. Hier gehe es um den Prozess der Bildung von Nationalstaaten in einem postimperialen Raum. Das Verhalten Russlands ausschließlich als den Versuch zu deuten, dass verlorene Imperium wieder herzustellen, werde der Komplexität der Verhältnisse nicht gerecht.

Der Abschnitt ‚Showdown‘ ist vorrangig einer Analyse des Konflikts zwischen Russland und den U.S.A gewidmet. Hier stehen die Auseinandersetzungen in der Ukraine und in Syrien im Fokus der Untersuchung und die Autorin kommt zu dem Ergebnis, dass weder der eine noch der andere zum Nachweis einer aggressiven Außenpolitik taugte.

Zentrales Anliegen der Russlandpolitik in der Ukraine sei es, einer Ausdehnung der NATO entgegen zu treten. Dass dies unter Verletzung des Völkerrechts geschehe, stellt sie nicht in Abrede. In Zweifel zieht sie jedoch die westliche Selbstwahrnehmung, nach der eine wertegeleitete Außenpolitik des Westens auf eine zynische Machtpolitik Russlands treffe. Dies sei unaufrichtig, da auch die U.S.A. und die Europäer nicht nur im Nahen Osten eine von Werten losgelöste Macht- und Interessenpolitik verfolgten. Der Fehler sei gewesen, Russland in weltpolitischen Fragen nicht ernst zu nehmen.

Sie beschreibt die vom Westen aktiv betriebene Politik des *regime change* auch unterhalb der Schwelle des völkerrechtswidrigen Einsatzes von Gewalt als eine Verletzung des Prinzips der Nichteinmischung. Diese Politik sei zudem gescheitert, wie die Beispiele in Afghanistan oder Irak zeigten, wo es nicht gelungen sei, funktionierende Staatswesen aufzubauen.

In dem folgenden Abschnitt, den die Autorin mit ‚Gut und Böse‘ überschrieben hat, wendet sie sich gegen die Darstellung Russlands als eines Reiches des Bösen, die in ihren Augen die westlichen Medien beherrscht. Sie versucht, einige Vorwürfe zu entkräften, indem sie Ausführungen zur Bedeutung von Feindbildern in der amerikanischen Außenpolitik, zu dem Verhalten Russlands im UN-Sicherheitsrat und der Frage, wer Minsk II blockiere, mit polemischen Einwüfen (*‚wenn nur russische Sportler dopen, warum gewinnen dann die anderen ?‘*) und Gedanken zu einem ‚Antirussismus‘ sowie zu einer besonderen deutschen Verantwortung gegenüber Russland verknüpft. Sie prangert anhand der genannten Beispiele eine hysterische Übertreibung der russischen Bedrohung an, dessen Ursache eine Verdachtsberichterstattung sei.

Soweit es ihr hier um die im letzten Kapitel noch einmal explizit genannte Aufforderung an ihre Kollegen geht, doch bitte genauer hinzuschauen, mit gleichem Maß zu messen und nicht nur Vorurteile zu bedienen, so wird man sich dem anschließen können. Doch handelt es sich hier um eine Frage, die den Journalismus insgesamt betrifft. Wenn sie dem im letzten Kapitel ein ‚selber denken‘

entgegen hält, mag das angebracht sein, kann aber im Rahmen der hier behandelten Frage außer Betracht bleiben.

Außenpolitisch bedeutsamer ist dagegen ihre Erörterung der echten oder vermeintlich von der russischen Regierung initiierten Cyberattacken und der behaupteten Einmischung in den amerikanischen Wahlkampf. Unter Auswertung diverser Quellen kommt sie hier aber nur zu dem Ergebnis, dass es für eine Verwicklung der russischen Regierung keine öffentlich vorliegenden Beweise gebe, sondern nur die Behauptung der U.S.-Geheimdienste, sie seien in Besitz solcher Beweise. Relativiert wird diese Aussage allerdings durch die Bemerkung, ‚alle hörten ab und hackten, was das Zeug hielte‘, und dies mit Wissen der jeweiligen Regierungen. Ohne Russland freisprechen zu wollen mahnt sie zur Skepsis gegenüber ungesicherten Informationen und zur Selbstkritik.

Dieser Abschnitt erscheint nur bedingt überzeugend. Einer der Vorwürfe lautet, dass Russland es auf eine bewusste Manipulation der öffentlichen Meinung abgesehen habe und auf eine Spaltung Europas abziele. Die Verfasserin greift diesen Vorwurf zwar auf und meint selber dazu, dass, wenn er denn stimme, Putin damit an der Eskalationsschraube gedreht habe. Ihre Antwort darauf ist aber allein die rhetorische Frage, ob Putin daran ein Interesse habe. Für sie liegt eine negative Antwort wohl auf der Hand. Das greift zu kurz, denn so fern liegt der Gedanke einer ‚asymmetrischen Abwehr‘ einer echten oder vermuteten Einmischung des Westens in Russland durch einen russischen Präsidenten mit Geheimdienst-Erfahrung nicht. Und so lange es keine gesicherten Erkenntnisse gibt, muss eine verantwortungsvolle Politik zumindest von der Möglichkeit ausgehen, dass es derartige Versuche der Destabilisierung von Seiten Moskau gibt. Den zweiten Vorwurf greift sie nur am Rande auf. Er lautet, dass Aggression nach Außen das Mittel einer korrupten und autokratischen Elite sei, sich an der Macht zu halten. Dazu erfährt man in dem Buch wenig.

In dem folgenden Kapiteln ‚Wer bedroht wen?‘ geht sie der Frage nach, ob die Annahme einer defensiven russischen Haltung nicht allein deswegen abwegig sei, weil vom Westen und insbesondere der NATO faktisch keine Bedrohung russischer Interessen ausgehe. Der Beitrittswunsch Georgiens und der Ukraine sei eine legitime Ausübung des Selbstbestimmungsrechts und Russland habe schon deswegen keinen Anlass, sich bedroht zu fühlen, weil Demokratien nicht aggressiv seien.

Diesem weiterverbreiteten Selbstbild hält sie entgegen, dass es in der Außenpolitik weniger auf eine objektive Bedrohung ankomme als auf das subjektive Empfinden des anderen. Der Westen gebe Russland aber durchaus Anlass, den Einsatz oder auch nur die Androhung von Gewalt fürchten zu müssen. Ihr Ausgangspunkt sind zunächst die schlichten Zahlen. Die NATO-Staaten sind im Hinblick auf Wirtschaftsleistung und Bevölkerungszahl um ein Vielfaches überlegen, die Militärausgaben der U.S.A. allein betragen pro Jahr das Acht- bis Zehnfache der russischen. Diese sind wiederum in etwa gleich denjenigen der übrigen NATO-Partner. Die angeprangerten Steigerungen des Militärhaushaltes in Russland würden an diesem Ungleichgewicht nichts ändern, zumal unter dem neuen Präsidenten

auch die U.S.-amerikanischen Ausgaben wieder stärker wüchsen. Sie folgert daraus, dass aus Sicht der NATO-Partner erst einmal Grund zu einer gewissen Gelassenheit bestehe. Aus Sicht der russischen Militärs sei dies aber genau anders herum. Je sicherer die Position des einen, desto unsicherer ist die des anderen.

Warum aber sind die Russen nicht von den friedlichen Absichten des Westens überzeugt? Hierzu verweist die Verfasserin zum einen auf die Politik des regime change, die, wie die Beispiele im Nahen Osten zeigten, auch mit militärischer Gewalt betrieben würde. Eingehend behandelt sie darüber hinaus das von amerikanischer Seite verfolgte und in der hiesigen Presse in der Tat nur am Rande vermerkte Projekt der Stationierung von Raketenabwehrwaffen in Osteuropa. Dieses Projekt wurde ursprünglich begründet mit dem Schutz vor iranischen Mittelstreckenraketen. Diese Bedrohung ist aufgrund des Atomabkommens mit dem Iran weitgehend entfallen. Trotzdem würde das Projekt weiterbetrieben, was Russland nur zu dem Schluss führen kann, dass es sich in erster Linie gegen Russland richtet. Gleichzeitig sei aber versäumt worden, Russland in eine neue Sicherheitsarchitektur mit einzubeziehen. Daraus habe man in Moskau in nachvollziehbarer Weise die Schlussfolgerung abgeleitet, dass der Westen sich aggressiv gegenüber Russland verhalte.

Das letzte inhaltliche Kapitel des Buches ist unter der Überschrift ‚Wandel durch Annäherung‘ der Diskussion von Handlungsoptionen der Politik gewidmet. Dabei ist die Überschrift nicht ganz stimmig, da es zunächst allein um Deeskalation geht. Ob dieser eine Annäherung zugrunde liegen muss, lässt sie offen, genauso wie die Frage, ob am Ende ein Wandel in Russland herauskommen könnte. Ihre Vorschläge sind in dieser Hinsicht pragmatisch, als sie keinen Geschenken an Moskau das Wort redet, sondern im Stil einer rationalen und interessengeleiteten Außenpolitik Vorschläge für begrenzte und reversible Vorleistungen des Westens macht. Diese Vorleistungen von westlicher Seite, die aufgrund der Überlegenheit des Westens vertretbar seien, sollen an entsprechende russische Gegenmaßnahmen geknüpft werden. Geht Moskau nicht darauf ein, werden sie zurück genommen.

So schlägt sie als eine der ersten Maßnahmen vor, den Aufbau des Raketenabwehrsystems in Osteuropa für einen begrenzten Zeitraum auszusetzen. Die russische Gegenleistung könnte dann in einem Abzug von Mittelstreckenraketen aus dem Gebiet Kaliningrad bestehen. Des Weiteren könnte die NATO erklären, dass eine Aufnahme Georgiens und der Ukraine in die NATO ausgeschlossen ist. Eine Gegenleistung könnte in der Zustimmung zur Stationierung von Friedenstruppen mit UN-Mandat in der Ostukraine bestehen. Für die Krim stellt sie den Vorschlag einer zeitweiligen internationalen Verwaltung mit anschließender Volksabstimmung über den Verbleib bei Russland in Anlehnung an das Modell der Saar-Abstimmung 1935 zur Diskussion. Dafür könnte der Westen in wirtschaftspolitischer Hinsicht die Schaffung einer Freihandelszone zwischen der EU und der Eurasischen Union anbieten.

Man muss der Autorin nicht in jedem ihrer Punkte folgen. Entscheidend aber ist, dass die Diskussion endlich auf die Frage zugeschnitten wird, auf die es ankommt: welche Optionen stehen dem Westen überhaupt zur Verfügung. Ausgangspunkt ist hierbei die Annahme, dass es sich bei der anderen Seite auch um einen rational, interessengeleiteten Verhandlungspartner handelt. Diese Annahme führt zu der Überlegung, dass auch die russische Seite, wenn denn Machterhalt nach innen alleiniger Beweggrund der Außenpolitik sein sollte, die Alternativen zu einer militärischen Expansionspolitik ‚durchrechnen‘ wird. Das aber heißt, Potenzial für eine Einigung mit Russland unterhalb eines Wettrüstens müsste gegeben sein. Voraussetzung dafür, ist, dass sich der Westen klar darüber wird, was er will. Soll er um den Preis der Deeskalation willen die weiteren Zielen, insbesondere die einer Demokratisierung und Liberalisierung in Russland, aufgeben? Es ist diese Frage, die von *Dembinski* und *Spanger* gestellt wird.

Pluraler Frieden

Dembinski und *Spanger* untersuchen wie *Krone-Schmalz* die Frage, welche Wege aus der militarisierten Konfrontation führen können. Ihre Analyse der Ursachen weicht jedoch insofern von der von *Krone-Schmalz* ab, als dass sie den zentralen Konfliktpunkt in der Strategie des Westens sehen, von Russland eine Anpassung an die liberale Normen des Westens, insbesondere eine Demokratisierung zu verlangen. Unter den Stichworten ‚pluraler Frieden‘ und ‚Dissoziation‘ vertreten sie die Auffassung, dass ‚der Westen nicht länger auf der Durchsetzung liberaler Werte beharren und den anderen allein an diesem für ihn unerquicklichen und potentiell unerreichbaren Maßstab messen solle‘. Stattdessen sei in dieser Hinsicht der Status quo anzuerkennen. Einschränkend ergänzen sie dabei, dass sie keinem Werterelativismus das Wort redeten. In Anlehnung an John Rawls und die Dokumente der KSZE fordern sie zwei Bedingungen, die illiberale Staaten erfüllen müssten: den Respekt der grundlegenden Menschenrechte und des Völkerrechts, hier insbesondere das Verbot der Expansion und der Gewaltanwendung.

Die praktischen Handlungsanweisungen, die sie daraus ableiten, decken sich teilweise, aber nicht in allen Aspekten mit denen von *Krone-Schmalz*. Wie sie plädieren die beiden Autoren für die Einrichtung eines internationalen Mandats für den Donbass. Mit Blick auf die Krim sehen sie dagegen keine andere Antwort als Nichtanerkennung der Annexion bei gleichzeitiger Aufrechterhaltung der damit verknüpften Sanktionen. Was die Einbindung der Ukraine und Georgien in die westlichen Bündnisse betrifft, so empfehlen sie, anders als *Krone-Schmalz*, einen Verzicht sowohl auf die Option eines NATO-Beitritts als auch eines EU-Beitritts. Der klassische Aspekt des *do ut des*, der Verknüpfung von Leistung und Gegenleistung beider Parteien, kommt bei ihnen weniger zur Geltung.

Der Ansichten von *Dembinski* und *Spanger* wird von den weiteren Autoren teilweise heftig widersprochen, obgleich sich alle über die Notwendigkeit einig sind, diese Diskussion zu führen. Der SPD-Politiker *Karsten Voigt* vertritt in seiner Bedrohungsanalyse die herrschende Meinung, nach der

es vorwiegend Russland gewesen sei, das das Völkerrecht verletzt und dadurch Vertrauen zerstört habe. Zudem wirft er Moskau vor, es nicht geschafft zu haben, eine stabile Partnerschaft mit den Nachbarstaaten aufzubauen. Auf den Gedanken von *Krone-Schmalz*, dass hierbei zumindest auch die Problematik der Neuordnung eines post-imperialen Raumes eine Rolle spielt, geht er nicht ein. Er lehnt es ab, Russland ein de facto Veto-Recht hinsichtlich der Frage einzuräumen, welcher Staat NATO und der EU beitreten darf. Weiter weist er darauf hin, dass die Frage der Übernahme der Kontrolle in der Ostukraine, etwa durch die UN oder die OSZE, verknüpft ist mit der Übernahme einer in erster Linie finanziellen Verantwortung für den Wiederaufbau. Er formuliert das als Aufforderung an die genannten Institutionen, einem stärkeren finanziellen Engagement nur gegen Einräumung von mehr Kontrolle in dem Gebiet zuzustimmen.

Andreas Heinemann-Gründer kritisiert das Konzept des pluralen Friedens scharf. Er deutet es als ‚normative Selbstentwaffnung‘, wo doch die russische Bevölkerung nur durch ‚normative Beständigkeit zurückgewonnen werden könne‘. Er deutet den Konflikt zwischen Russland und den westlichen Staaten als Konflikt zwischen Autoritarismus und Demokratie. Er bestreitet ein Recht auf Nichteinmischung in innere Angelegenheiten, dies sie eine Absage an normative Diskurse und eine Anerkennung von Machtverhältnissen frei von Legitimationszwängen. Er geht davon aus, dass ein Wandel in Russland nicht zuletzt von der deutschen Energiewende ausgehen dürfte, weil der russländische Petrostaat seine Geschäftsgrundlage verlieren werde. Mit Blick auf die Handlungsoptionen der Außenpolitik vertritt er jedoch ebenso wie *Krone-Schmalz* das Ziel, die militärischen Eskalationsrisiken zu minimieren - durch Konfliktprävention, Beschränkungen bei militärischen Aktivitäten, durch Kommunikationskanäle und Verifikation, durch vertrauensbildende Maßnahmen und durch Abrüstung. Zugleich sollen die Kosten militärischer Eskalationsbereitschaft erhöht werden. Was das in der Praxis bedeuten soll, bleibt unklar ebenso wie die Antwort auf die Frage, was denn von dem als Gegenposition formulierten ‚Recht auf Einmischung‘ alles umfasst wird.

Andreas Umland und *Oleksandr Sushko*, beide derzeit in Kiew tätig, sind ebenfalls vehemente Gegner der Vorschläge von *Dembinski* und *Spanger*, die sie als ‚Luftschlösser‘ bezeichnen. Sie gehen davon aus, dass Russland ‚heute keineswegs territorial saturiert sei, wie der hybride Krieg gegen die Ukraine im Donbass zeige‘. Im Übrigen sei aus der Vergangenheit die Lehre zu ziehen, dass Russland sich nicht an Absprachen mit Bezug zu den Staaten des postsowjetischen Raumes halte. Ein weiteres Entgegenkommen des Westens, das es bereits gegeben habe, sei nicht angebracht. Eine Absage an eine Mitgliedschaft in der NATO und der EU würde in ihren Augen eine Verletzung von Georgien und der Ukraine bereits gegebenen Zusagen darstellen. Als Beleg für ihre These, Russland würde gegebene Zusagen nicht einhalten, verweisen sie auf Abkommen zum Abzug russischer Truppen aus Transnistrien und Abchasien sowie Südossetien, die von Russland nicht eingehalten würden. Weiter führen sie den Beitritt Armeniens zur Zollunion sowie der Eurasischen Union als Beispiel dafür an, dass es der Führung in Moskau allein um die Sicherung der Stabilität des eigenen autoritären Systems sowie um partikuläre ökonomische Klaninteressen der herrschenden Kremlkreise gehe. Als zentralen

Beleg für die Unzuverlässigkeit Moskaus als Vertragspartner führen sie schließlich die Missachtung des Budapester Memorandums von 1994 an, in dem sich Moskau zusammen mit den U.S.A. und Großbritannien gegenüber der Ukraine als Gegenleistung für deren Verzicht auf Atomwaffen zur Wahrung der territorialen Integrität der Ukraine verpflichtet haben. Ihre Vorschläge an die Politik lauten demgemäß, viele kleine Schritte einem großen Wurf vorzuziehen. Dazu zählen sie, den ukrainischen Staat zu stärken, die Einheit des Westens zu bewahren, das Sanktionsregime konsequent fortzusetzen bzw. anzupassen, Kontakte mit der Zivilgesellschaft zu suchen, das EU-Partnerschaftsprogramm auszubauen und anderes mehr.

Jakub Eberle und *Vladimir Handl* von der Karls-Universität Prag werfen dem eingangs zitierten Autorenduo vor, von einer einheitlichen westlichen Politik auszugehen, die es so nicht gebe, und dass das grundsätzlich kritisch zu analysierende Vorgehen des Westens im Kosovo, im Irak und in Libyen nicht von allen Staaten in gleichem Maße getragen worden sei. Ihr zentraler Vorwurf lautet, mit ihrem Vorschlag einer überkommenen Geopolitik durch die Anerkennung von Einflussphären das Wort zu reden. Sie schlagen stattdessen eine schrittweise ‚Resozialisierung Russlands‘ in die auf dem Völkerrecht aufbauende internationale Gemeinschaft vor. Zu diesem Zweck befürworten sie eine Stärkung der OSZE und folgen *Dembinski* und *Spanger* insoweit, als sie es für lohnend halten, die Kooperationsbereitschaft Russlands im Ukrainekonflikt zumindest einmal auszuloten, da sie in Moskau ein gewisses Interesse an der Verringerung der Spannungen ausmachen.

Auch *Stefan Meister* räumt den Vorschlägen von *Dembinski* und *Spanger* wenig Erfolgchancen ein. In seinen Augen strebt Russlands Führung in seiner Nachbarschaft eine revisionistische Politik an, von der es sich durch Regeln nicht abhalten lasse. Ihr Handeln sei bestimmt durch die Macht des Stärkeren und die eigene Einkreisungsparanoia. Seiner Ansicht nach sei es gefährlich, sich angesichts des Modernisierungsprogramms des russischen Militärs zurück zu lehnen und in Gelassenheit zu üben. Eine funktionsfähige Abschreckung sei alternativlos und man könne langfristig nur auf die Selbstheilungskräfte der Gesellschaft setzen.

Abschließend reiht sich *Jan Claas Behrends* in die Reihe derjenigen ein, die das Motiv für die russische Außenpolitik in dem Bestreben eines schwachen Regimes sehen, mittels militärischer Konflikte die Gründe für die wirtschaftliche, soziale und moralische Krise zu externalisieren. Russlands Politik sei eine permanente Bedrohung, vor allem für die Staaten des Baltikums und auch Schweden. Dieser Bedrohung müsse man in Anlehnung an ein Konzept eines U.S.-amerikanischen Think Tanks mit einer Strategie des ‚constrainment‘ entgegen treten. Diese umfasse eine Verringerung der Abhängigkeit von Russlands Ressourcen, eine Stärkung der Abwehrfähigkeit, der Sanktionierung von Völkerrechtsverstößen und der russischen Propaganda offensiv gegenüber zu treten. An anderer Stelle gibt er allerdings *Dembinski* und *Spanger* insoweit recht, als auch er einen Verzicht darauf, in Russlands Innenpolitik einzugreifen, den Verzicht auf eine Politik des *regime change* für richtig hält.

Wie weiter ?

Lässt man diese Beiträge noch einmal Revue passieren, so stellt sich heraus, dass trotz der teilweise harschen Formulierungen einige Punkte zumindest mehrheitsfähig zu sein scheinen. Das sind das Ziel einer Deeskalation und der Verzicht darauf, in Russland den Regimewechsel zu befördern. Zu Möglichkeiten einer Deeskalation äußert sich *Krone-Schmalz* am detailliertesten. Was ein Verzicht auf Einmischung angesichts von Internet, Facebook und weltweit agierenden NGOs konkret bedeuten könnte, bleibt jedoch bei allen Autoren offen, ebenso, wie man die Rolle der OSZE stärken könnte.

Weitgehend geschlossen ist die Ablehnung im Hinblick auf den Vorschlag, Georgien und der Ukraine den Weg in die NATO und die EU zu verwehren. Den Vorschlag diese beiden Fragen zu trennen, findet man allerdings nur bei *Krone-Schmalz*, wobei auch bei ihr offen bleibt, wie eine für alle Beteiligten wirtschaftliche Kooperation aussehen könnte. Immerhin kam der Gedanke einer Freihandelszone von EU und Eurasischer Union zur Sprache. Auch die Anregung, es auf den Versuch einer begrenzten Kooperation mit Moskau einmal ankommen zu lassen, ist nicht neu, und wurde auch von fast allen Autoren für gut befunden.

Allerdings scheinen die Nachrichten der letzten Wochen in die gegenläufige Richtung zu gehen. Sie waren bestimmt von dem Verkauf von Raketenabwehrsystemen an Polen und der Zustimmung des U.S.-Senats zu Waffenverkäufen an die Ukraine.

Sind damit die Handlungsoptionen der Politik ausreichend beschrieben? Nach hier vertretener Auffassung ist das Bild zwar schon verwirrend genug, aber immer noch ‚unterkomplex‘, da die wirtschaftlichen Interessen nicht mit einbezogen, zumindest offen formuliert werden. Bezeichnend in diesem Sinne ist, dass an anderer Stelle bereits von ‚Goeconomics‘ an Stelle von Geopolitik die Rede ist. Er geht davon, dass das klassische Konzept der Einflussnahme durch militärische Einflussnahme abgelöst wird durch wirtschaftlichen Einfluss. Vor diesem Hintergrund sollte zum einen der Gedanke Berücksichtigung finden, dass die deutsche Wirtschaft der größte Nutznießer einer Entspannung mit Russland wäre. Dieser Nutzen wird aber nicht alle Staaten in gleichem Maße zugutekommen, so dass es zu den Aufgaben der deutschen Politik gehören wird, unsere Nachbarn davon zu überzeugen, dass eine Annäherung auch für sie von Vorteil ist.

Zum anderen sind schon jetzt Differenzen hinsichtlich der russischen Energielieferungen nach Europa erkennbar. Hier sehen sich die U.S.A. in einem Konkurrenzkampf mit Russland um den Absatzmarkt ‚Europa‘. Dieser Dissens könnte Indiz dafür sein, dass auch zwischen den U.S.A. und Europa die Interessen nicht zwingend parallel laufen.

Das heißt im Ergebnis, dass die Diskussion über die Optionen der deutschen Außenpolitik gerade erst in Gang kommt. Das ist zu begrüßen und die genannten Publikationen sind eine empfehlenswerte Lektüre, um sich mit der Materie vertraut zu machen.

©Ostinstitut Wismar, 2017
Alle Rechte vorbehalten
Der Beitrag gibt die Auffassung des Autors wieder

Redaktion:
Prof. Dr. Otto Luchterhandt,
Dimitri Olejnik,
Dr. Hans-Joachim Schramm
Prof. Dr. Andreas Steininger

Ostinstitut Wismar
Philipp-Müller-Straße 14
23966 Wismar
Tel +49 3841 753 75 17
Fax +49 3841 753 71 31
office@ostinstitut.de
www.ostinstitut.de

ISSN: 2366-2751